

Übermittlungsvermerk  
des Generalsekretariats des Rates  
für die Delegationen  
Betr.: Tagung des Europäischen Rates - 18./19. Oktober 2012

Schlussfolgerungen

*--- kurz kommentiert von Alexis J. Passadakis, Attac ---*

S. 9

## **Integrierter Haushaltsrahmen und integrierter wirtschaftspolitischer Rahmen sowie demokratische Legitimität und demokratische Rechenschaftspflicht**

13. Der Europäische Rat<sup>1</sup> fordert die Gesetzgeber auf, spätestens bis Ende 2012 eine Einigung im Hinblick auf die Annahme des Gesetzgebungspakets zur haushaltspolitischen Überwachung ("Zweierpaket")<sup>2</sup> zu finden. Hierbei handelt es sich um ein Kernstück der Gesetzgebung, das neben dem verstärkten Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP), dem Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (SKS-Vertrag)<sup>3</sup> und dem Gesetzgebungspaket zur wirtschaftspolitischen Steuerung ("Sechserpaket")<sup>4</sup> für die Stärkung

---

1 Europäischer Rat = Gremium der Staats- und Regierungschefs der EU.

2 Das „Zweierpaket“ oder „Two-Pack“ wird zur Zeit auf europäischer Ebene zwischen der EU-Kommission, dem Europäischen Rat und dem Europäischen Parlament verhandelt. Mit dem „Two Pack“ soll die Kommission noch mehr Kompetenzen zur Überwachung nationaler Haushalte erhalten. Unter anderem müssten zukünftig die 17 EU-Mitgliedstaaten der Eurozone, erst der Europäischen Kommission ihre jährlichen Haushaltspläne vorlegen, bevor die nationalen Parlamente darüber abstimmen können. Entspreche der Haushaltsvorschlag nicht den geforderten Zielen zur Vermeidung bzw. Reduzierung von Schulden und den Schwerpunktsetzungen der Strategie „Europa 2020“, könnte die Kommission eine überarbeitete Version von der jeweiligen Regierung einfordern. Durch das „Two Pack“ ist eine substantielle Machtverschiebung von nationalstaatlichen Regierungen und insbesondere den nationalstaatlichen Parlamenten hin zur supranationalen Exekutive, der EU-Kommission zu erwarten, um den neoliberalen Umbau voran zu treiben.

3 Gemeint ist der Fiskalpakt, welcher in der Bundesrepublik gemeinsam mit dem europäischen „Rettungsschirm“ ESM am 29.6.2012 ratifiziert wurde. Der Fiskalpakt sieht im wesentlichen eine Schuldenbremse für (fast) alle EU-Staaten vor, um sie zu weiteren Kürzungen öffentlicher Ausgaben und Sozialabbau zu zwingen. Siehe: [www.fiskalpakt-stoppen.de](http://www.fiskalpakt-stoppen.de)

4 Das „Sechserpaket“, oder „Six-Pack“ bezeichnet insgesamt sechs europäische Gesetzgebungsmaßnahmen, die das neue „gesamtwirtschaftliche Überwachungsverfahren“ auf den Weg gebracht haben und am 13. Dezember 2011 in Kraft trat. Es geht dabei vor allem darum, öffentliche Ausgaben zurück zu drängen. Zudem gibt es auch ein Frühwarnsystem und einen Korrekturmechanismus für ökonomische Ungleichgewichte, d.h. dem Verhältnis von (Export-)Überschuss-Ökonomien, wie der Bundesrepublik, zu (Import-)Defizit-Ökonomien, wie Spanien. Bezeichnenderweise, wird die Last der „Korrekturen“ vor allem den Defizit-Ländern aufgebürdet, während insbesondere die Bundesrepublik trotz enormer Exportüberschüsse im wesentlichen fein raus ist.

der neuen wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU notwendig ist.<sup>5</sup> Er ruft die nationalen Behörden und die europäischen Organe auf, diese im Einklang mit der ihnen gemäß den EU-Verträgen zukommenden Rolle in vollem Umfang umzusetzen. Im Zusammenhang mit den laufenden Regelungsarbeiten im Bankensektor der EU nimmt der Europäische Rat Kenntnis von den Vorschlägen der hochrangigen Expertengruppe zur Struktur des Bankensektors der EU, die derzeit von der Kommission geprüft werden, auch im Hinblick auf ihre möglichen Auswirkungen auf das Ziel, ein stabiles und effizientes Bankensystem zu schaffen.

14. Ein integrierter Haushaltsrahmen ist Teil einer Wirtschafts- und Währungsunion. In diesem Zusammenhang werden weitere Mechanismen, einschließlich einer angemessenen<sup>6</sup> Fiskalkapazität, für das Euro-Währungsgebiet<sup>7</sup> sondiert. Der Sondierungsprozess wird unabhängig von der Vorbereitung des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens<sup>8</sup> sein.<sup>9</sup>
15. Das reibungslose Funktionieren der WWU<sup>10</sup> erfordert stärkeres und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt und macht eine stärkere Koordinierung, Konvergenz und Durchsetzung der Wirtschaftspolitik notwendig. In diesem Zusammenhang wird geprüft, ob die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets nicht mit den EU-Organen individuelle Vereinbarungen vertraglicher Natur<sup>11</sup> über die von ihnen zugesagten Reformen<sup>12</sup> und deren Umsetzung schließen sollten. Solche Vereinbarungen könnten für die in

---

5 Neben diesen vier seit Beginn der Eurozonen-Krise im Frühjahr 2010 geschaffenen oder verschärften Regelwerken auf europäischer Ebene ist als fünftes das „Europäische Semester“ zu erwähnen. Alle diese ineinander verschränkten Regelsysteme haben zum Ziel die Spielräume der nationalstaatlichen Regierungen und nationalstaatlichen Parlamente zugunsten supranationaler Institutionen, insbesondere der EU-Kommission, einzuschränken. Dies gilt für allem für die Haushaltspolitik, aber die Wirtschafts- und Sozialpolitik, um deren neoliberale Zurichtung voran zu treiben.

6 Wie hoch der Rahmen sein soll ist bisher völlig unklar. Im Vorfeld der Bundestagswahlen ist es aber kaum denkbar, dass über größere Summen gesprochen werden kann, die aus dem deutschen Haushalt bereitgestellt werden müssen. Falls dem so ist, dann würde über einen der wichtigsten Punkte erst ab Herbst 2013 gesprochen werden können.

7 Achtung - es handelt sich hier um die Idee eines Budgets für lediglich die Eurozone, nicht die EU als Ganzes! Entsprechend verschiedener Quellen stammt die Idee als dem Kanzleramt und wurde dann von Rompuy aufgenommen. Einige Stimmen sprechen davon, dass Merkel diesen Vorschlag ins Spiel gebracht hat, um die Idee von Euro-Bonds (Gemeinschaftliche Staatsanleihen und damit gemeinsame Schulden und Haftung) aus der Diskussion zu verbannen. Wer das Budget kontrollieren soll ist bisher völlig unklar. Ggf. entsteht innerhalb des Europäischen Parlaments ein eigenständiges Eurozonen-Parlament.

8 Der „mehrjährige Finanzrahmen“ der EU erstreckt sich immer über sieben Jahre. Es handelt sich dabei um insgesamt ca. 1 Bio. Euro. Die Verhandlungen darüber finden im November/Dezember 2012 statt. Insbesondere die Bundesrepublik und GB sind für Kürzungen, was zu brachialen Einschnitten in einigen Bereichen führen könnte.

9 Es ist bisher unklar, wofür das Euro-Zonen-Budget eingesetzt werden könnte. Einige Äußerungen lassen darauf schließen, dass damit Staaten „belohnt“ werden sollen, die besonders harte Strukturanpassungsmaßnahmen durchgesetzt haben. In anderen ist davon die Rede, dass es im Bereich Berufsausbildung eingesetzt werden soll, z.B. um das deutsche Duale-Ausbildungssystem zu exportieren.

10 WWU = Wirtschafts- und Währungsunion.

11 Hier geht es um völkerrechtliche Verträge, die die Regierungen an die EU-Kommission binden sollen.

12 Bei diesem Vorschlag geht es darum das Konzept der „Memoranden“, der Strukturanpassungs-

den länderspezifischen Empfehlungen des Rates<sup>13</sup> genannten Reformen vorgesehen werden und auf EU-Verfahren aufbauen<sup>14</sup>.

Anmerkungen:

1.) Der Begriff „Fiskal- und Wirtschaftsunion“ wird nicht explizit in diesem Text erwähnt; in der Öffentlichen Debatte aber wieder dieser Komplex so bezeichnet.

2.) Der genau Fahrplan ist unklar. Im Vordergrund der Gespräche steht zunächst die Bankenunion. Der Prozess ist daher noch offen und bietet ein Fenster für Proteste gegen die weitere autoritäre Transformation der EU.

3.) Wichtige Positionen zur „Fiskal- und Wirtschaftsunion“ tauchen in dem Text (bisher) nicht auf. Schäuble hat kurz vor dem Oktober-Gipfel die Forderungen nach einem gestärkten EU-Finanzkommissar aufgestellt. Er soll eine Veto-Macht bzgl. nationalstaatlicher Haushalte haben, sogar nachdem diese bereits in den Parlamenten verabschiedet wurden. Draghi hat sich dieser Position bereits angeschlossen. Wie stark der Widerstand anderer von Mitgliedsstaaten dagegen sein wird, ist noch völlig unklar.

\*\*\*

---

maßnahmen bzw. Kürzungspakete, welche die Troika derzeit Irland, Griechenland und Portugal auferlegt, auf alle Eurozonen-Staaten zu übertragen. Nicht notwendigerweise mit exakt dem gleichen Inhalt, aber angelehnt an diese Programme. Letztlich geht es darum den nationalstaatlichen Regierungen aber insbesondere den nationalstaatlichen Parlamenten die Kontrolle über die Haushalts-, Wirtschafts- und Sozialpolitik weitestgehend zu entziehen. Diese drei Felder sollen demokratischer Entscheidungsgewalt auf nationalstaatlicher Ebene enthoben werden, um sie supranational zu verankern und der EU-Kommission zu übertragen. Anders ausgedrückt, die Strategie der Regierungen und der europäischen Institutionen besteht darin, die sozialen Kompromiss-Strukturen der nationalstaatlichen Terrains aufzubrechen, die Akteure, die vor allem nationalstaatlich verfasst sind (Gewerkschaften, Sozialverbände etc.) außen vor zu lassen und somit die demokratische Einflussnahme dieser Akteure zu unterbinden. Die Erwartung ist, dass so Sozialabbau, Deregulierung der Arbeitsmärkte einfacher durchgesetzt werden können und auf noch weniger Widerstand treffen.

13 Diese Formulierung bezieht sich auf das „Europäische Semester“. Es ermöglicht der EU-Kommission und dem Europäischen Rat die frühzeitige Überprüfung der nationalen Haushalts- und „Reform“-Entwürfe, bevor diese von den nationalen Parlamenten beschlossen werden. Das Hauptziel ist die Kontrolle der nationalstaatlichen Haushalte und die Durchsetzung neoliberaler „Reformen“.

14 Gemeint ist hier vor allem das „Europäische Semester“ und das „Six-Pack (Sechserpaket)“ bzw. das „Two-Pack (Zweierpaket)“.